

Industriegewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie



Stand: 01.04.2011

Anforderungen der IG BCE an eine Energiepolitik bis 2050

1. Energiepolitik und Klimaschutz nach dem Unfall von Fukushima

Die Katastrophe im japanischen Kernkraftwerk Fukushima ist in ihren gravierenden Folgen bis heute nicht in Gänze einschätzbar. Schon jetzt zeigt sich jedoch: Die Gefahren, die von diesem beispiellosen Unfall für die Menschen in Japan ausgehen, erfordern eine Neubewertung der Kernkraft.

Die Kernkraftnutzung findet in Deutschland keine gesellschaftliche Akzeptanz mehr. Deshalb brauchen wir in Deutschland einen ernsthaften und ergebnisorientierten gesellschaftlichen Dialog um die Energiepolitik unter Einbeziehung des Klimaschutzes neu auszurichten.

Die IG BCE fordert die Bundesregierung auf, einen Neustart in der Energiepolitik zu ermöglichen und unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Kräfte ein tragfähiges energiepolitisches Konzept für die Zukunft zu erarbeiten. Notwendig ist ein neuer Energiekonsens, der nicht nur den Ausstieg aus der Kernenergie, sondern auch den Klimaschutz und die damit verbundenen Herausforderungen für den Industriestandort Deutschland umfasst. Gleichzeitig sind die zentralen Energieträger für die nächsten Jahrzehnte zu definieren.

Die Zielkonflikte und Risiken in der Energiepolitik sind für die Entscheidungsfindung klar zu definieren. Beispielsweise die vermeintlich billige Kernenergie gegen vermeintlich geringes Restrisiko oder das vergleichsweise umweltverträgliche Erdgas gegenüber einer noch stärkeren Importabhängigkeit in der Energieversorgung. Oder der allein europäisch wirksame Emissionshandel gegen die Verlagerung hocheffizienter energieintensiver Industrien (Carbon Leakage). Die offengelegten Zielkonflikte gilt es, in einer breiten gesellschaftlichen Debatte abzuwägen. Die daraus abgeleiteten Entscheidungen sind klar und entschlossen und ohne opportunistische Interessen umzusetzen.

Die IG BCE hat schon 2010 gefordert, die Erneuerbaren Energien so schnell wie möglich auszubauen. Dieses Umsteuern in der Energieversorgung ist aus Gründen des Klimaschutzes notwendig, muss aber volkswirtschaftlich verkraftbar bleiben, um letztlich auch erfolgreich zu sein. Kohle und Gas sind die Grundpfeiler der Brücke, um eine sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung mit der Begrenzung der Erderwärmung zu vereinbaren.

Die IG BCE bekräftigt ihre energiepolitischen Grundsätze:

1. Strom muss sicher und gesellschaftlich akzeptabel erzeugt werden. Deswegen steht die IG BCE zum Ausstiegsbeschluss der Bundesregierung von 2002. In Fukushima ereignete sich der erste nukleare Unfall, für den die betroffene Anlage nicht ausgelegt war, weil er als zu unwahrscheinliches Restrisiko betrachtet worden war. Die Laufzeit aller Kernkraftwerke - in Deutschland, Europa und möglichst weltweit - muss nun von Sicherheitsüberprüfungen abhängig gemacht werden, die die neuen Erfahrungen nach den Katastrophen in Japan berücksichtigen.
2. Strom muss zuverlässig rund um die Uhr für Haushalte, Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen bereit stehen. Dafür brauchen wir einen neuen geeigneten Energiemix:
 - Erneuerbare Energien haben Vorrang. Strom, der aus ihnen erzeugt wird, muss vorrangig in das Stromnetz eingespeist werden.
 - Wenn Strom aus Erneuerbaren Energien nicht zur Verfügung steht, sichern Kohle und Gas die Stromversorgung. Das wird langfristig nötig bleiben, bis Technologien zur Speicherung großer Strommengen verfügbar sind. Und zwar länger, als die heute vorhandenen Kohle- und Gaskraftwerke betrieben werden können.

3. Um weiterhin innovative, eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung fördernde Güter in Deutschland herstellen zu können, benötigt das produzierende Gewerbe zuverlässig Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen. Für die energieintensive Industrie ist daher die Kompensation politisch bedingter Strompreiserhöhungen (Emissionshandel, KKW-Abschaltung usw.) erforderlich, um wettbewerbsfähig bleiben zu können.
4. Die Stromerzeugung aus Kohle ist für die nächsten Jahrzehnte als Brücke in eine erneuerbare Energiezukunft unverzichtbar. Um Strom aus Steinkohle und Braunkohle zukünftig klimaverträglicher erzeugen zu können, brauchen wir neue, effizientere und flexiblere Kraftwerke und die zügige Erprobung von CCS. Das CCS-Gesetz darf nicht aus wahltaktischen Gründen oder Länderegoismen verzögert werden. Die heimische Steinkohle muss angesichts steigender Weltmarktpreise für Kraftwerkskohle neu bewertet werden.
5. Erdgas wird als klimateffizienter und flexibler Energieträger eine Schlüsselrolle in einem CO₂-armen Energiemix spielen. Für eine importunabhängigere und kostengünstigere Gasversorgung der Zukunft müssen jetzt auch unkonventionelle Gasvorkommen in Deutschland erkundet werden. Öffentlichkeit und Aufsichtsbehörden müssen in einem transparenten und beteiligungsorientierten Kommunikationsprozess über Risiken und Voraussetzungen der Sicherheit der neuen Gewinnungsmethoden (fracking) informiert werden.

2. Klimapolitik und Ressourcenschutz globalisieren und effizienter gestalten!

Die Vereinten Nationen haben in Kopenhagen über das Ziel verhandelt, die Erderwärmung auf 2 Grad Celsius zu begrenzen. Dass dieses Ziel in erster Linie mit dem Verhalten Chinas steht und fällt, wurde in Kopenhagen sehr deutlich. China kündigte an, seine CO₂-Emissionen bis 2050 pro Einheit des Bruttoinlandsprodukts bezogen auf das Jahr 2020 um bis zu 45 Prozent zu mindern. Peking verweigerte aber jede internationale Festlegung oder Kontrolle von Reduktionszielen. Die Begrenzung der Erderwärmung wird letztlich davon abhängen, wie effizient Chinesen und Inder ihre Kohle verstromen und wie viel CO₂ dabei noch in die Atmosphäre gelangt. Ob diese Länder Kohle verstromen, stellen sie nicht zur Debatte. Sie bauen in schnellem Takt eine Vielzahl neuer Kohlekraftwerke, die sie auch betreiben werden.

Soll der weltweit wachsende Energiehunger klimaverträglich gestillt werden, liegt der Schlüssel dazu nicht nur im Ausbau erneuerbarer Energien, sondern auch in der Erforschung, Weiterentwicklung und Anwendung neuer Technologien bei der Energieerzeugung und -nutzung sowie im Ressourcenschutz. Die IG BCE unterstützt alle Bemühungen, Erfolge beim Klimaschutz auch durch technische Lösungen zu erreichen.

Schon jetzt zeigen die Produkte und Verfahren der deutschen Industrie die Innovationspotentiale, um schneller, effektiver und effizienter die Klimaziele sowie die hohen Erwartungen an die regenerative Energieerzeugung zu realisieren. Diese können noch stärker genutzt werden. Dazu bedarf es aber einer neuen Sichtweise auf die Industrie.

Unter den Bedingungen globalisierter Märkte allein den Energie- und Ressourcenverbrauch der industriellen Produktionsprozesse zu bilanzieren, und darauf entsprechende nationale oder europäische Abgabensysteme aufzubauen, erweist sich zunehmend als kontraproduktiv. Dies gefährdet die notwendigen Innovationspotenziale der Industrie. Notwendig sind Gesamtbetrachtungen industriell hergestellter Güter und Waren über ihren gesamten Lebenszyklus, die ihre Leistungen zum Klima- und Ressourcenschutz mit einbezieht. Schon heute zeigt sich, dass viele industriell gefertigte Produkte eine positive CO₂-Bilanz besitzen. Die durch ihren Einsatz vermiedenen CO₂-Mengen sind größer, als die bei ihrer Herstellung verursachten. Geboten ist eine Abkehr von der Abgabenlogik hin zu einer Betrachtung der Leistungsfähigkeit der Industrie.

Deutschland emittiert mit 3 Prozent Weltanteil so wenig Treibhausgas, dass sein direkter Einfluss auf das Weltklima vergleichsweise unbedeutend ist. Aber auch in Deutschland ist CCS dringend erforderlich, um die Emissionsminderungsziele industrieverträglich zu erreichen.

Die IG BCE spricht sich für ein weltweit verbindliches Klimaabkommen als wichtigste Voraussetzung für einen wirksamen Klimaschutz aus. Nur so lässt sich ein fairer Ausgleich zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern sicherstellen. Zugleich können Wettbewerbsnachteile für diejenigen vermieden werden, die bereits hohe Umweltstandards einhalten. Aus diesem Grund lehnt die IG BCE weitere einseitige Vorleistungen der EU ab. Diese ist mit ihren Klimagesetzen auch nach Kopenhagen noch Klimaschutz-Vorreiter.

2008 hat die Europäische Union die Emissionshandels-Richtlinie für die Handelsperiode von 2015 bis 2020 beschlossen. Damals war man der Ansicht, dass Regionen wie Nordamerika und Länder wie Japan und Australien unmittelbar vor der Einführung ähnlicher rechtsverbindlicher Handelssysteme für Treibhausgasemissionen stehen. Das allerdings zeichnet sich bis heute so nicht ab. Vor diesem Hintergrund halten wir es für notwendig, den Emissionshandel in zweifacher Hinsicht zu überprüfen.

Zum einen ist sicher zu stellen, dass die Einnahmen aus dem Emissionshandel tatsächlich unmittelbar dem Klimaschutz zugute kommen – zum Beispiel durch die Förderung hocheffizienter Kraftwerke und von Technologien wie CCS. Und wir brauchen eine Kompensation der durch den Emissionshandel gestiegenen Strompreise für die energieintensive Industrie. Andernfalls wird einfach nur Geld abgeschöpft, also eine Energiesteuer erhoben, die einseitig Unternehmen und Verbraucher in Deutschland und Europa belastet.

Zum anderen sollte der Emissionshandel in Europa bis höchstens 2020 befristet werden, wenn bis 2015 keine andere Weltregion dem Vorreiter EU auf diesem Weg gefolgt ist. Denn auch für den Emissionshandel gilt: Die Instrumente des Klimaschutzes müssen auf ihre Wirksamkeit überprüft werden. Wenn sie nicht den gewünschten Erfolg bringen und dazu noch mit schädlichen Nebenwirkungen behaftet sind, dann muss man über neue Instrumente nachdenken.

3. Klimaschutz braucht Investitionen

Wir brauchen eine neue und gerechtere Finanzierung der europäischen Klimapolitik.

Emissionshandel, EEG und Ökosteuern sind Beispiele dafür, dass heute praktizierte Instrumente der europäischen Klimapolitik nur noch über immer neue und immer kompliziertere Ausnahmeregelungen mit der globalen Wettbewerbsfähigkeit insbesondere der energieintensiven Industrie in der EU vereinbar bleiben können.

Die EU-Klima-Kommissarin Connie Hedegaard beziffert den Investitionsbedarf für den Klimaschutz in Europa auf 270 Milliarden Euro pro Jahr, und das 40 Jahre lang. Diese gigantische Summe wäre notwendig, um den Ausstoß an Treibhausgasen bis 2050 um 80 bis 95 Prozent zu senken. Dann brauchen wir in Europa dringend eine ehrliche und transparente Debatte, woher dieses viele Geld kommen und wofür es ausgegeben werden soll.

Die IG BCE schlägt vor, die Dinge beim Namen zu nennen und die Mittel für ein solches Investitionsprogramm durch einen Klima-Cent aufzubringen, einem Zuschlag, den alle Steuerzahler entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit aufzubringen hätten.

Grundgedanke ist eine Belastung nach ökonomischer Leistungsfähigkeit statt nach Energieverbrauch. Es geht nicht um zusätzliche Finanzierungsinstrumente, sondern um Alternativen zu bestehenden wie dem Emissionshandel. Wir müssen diese Diskussion jetzt führen, um zum Ende des Jahrzehnts bessere Instrumente einführen zu können.

Die erneuerbaren Energien müssen weiter ausgebaut werden. Dabei müssen sowohl ihr Potenzial, als auch ihre Kosten realistisch betrachtet werden. Langfristig müssen sie sich am Markt behaupten, mittelfristig bedarf es einer europäischen Harmonisierung ihrer Förderung. Sie darf die Wirtschaft nicht überfordern und muss sozial ausgewogener werden. Dass Bezieher kleinerer Einkommen und Arbeitslose über die EEG-Umlage besser Verdienenden Gewinne auf Investitionen in regenerative Energieerzeugungsanlagen finanzieren, ist ungerecht.

Die Öko- und Energiesteuern sind von Anfang an nur möglich gewesen, weil für energieintensive Prozesse und Branchen Ausnahmeregelungen vereinbart wurden. Die EU-Kommission hat diese Steuervergünstigungen der deutschen Wirtschaft im Rahmen der Öko-Steuer nur bis zum

31.12.2012 genehmigt. Eine Folgeregelung muss jetzt auf den Weg gebracht werden. Solange Steuern auf Energie erhoben werden, müssen reduzierter Steuersatz, Spitzenausgleich und Befreiung energieintensiver Prozesse für das produzierende und besonders das energieintensive Gewerbe erhalten bleiben. Langfristig, über 2020 hinaus, ist auch hier eine Debatte zu führen über die ordnungspolitischen Nachteile einer Besteuerung dessen, was eigentlich reduziert werden soll, nämlich des Energieverbrauchs, statt dessen, was eigentlich wachsen soll, nämlich des Gewinns. Denn das jetzige System prohibitiver Steuern zielt mit sinkendem Energieverbrauch auf sinkende Einnahmen, obwohl für die Klimapolitik eigentlich mehr Geld benötigt wird.

4. Die Bedeutung einer sicheren Energieversorgung für Deutschland

Energieeffiziente Gebäude, Fahrzeuge und Haushaltsgeräte werden ebenso wie z. B. auch Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien durch die Produkte der Industrie erst möglich. Sollen diese innovativen, eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung fördernden Güter auch weiterhin in Deutschland hergestellt werden, muss das produzierende Gewerbe zuverlässig Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen beziehen können.

Die konzeptionellen energiepolitischen Versäumnisse der vergangenen Jahre haben erste Auswirkungen auf die Wettbewerbs- und Beschäftigungsfähigkeit der deutschen Industrie. Ohne ein ausreichendes und zuverlässiges Stromangebot zu erträglichen Preisen hat die Industrie keine Zukunft. Die energie- und stromintensiven Branchen stehen in Deutschland schon heute vor der Alternative: Zukunftsinvestitionen oder Auslauf?

Woher bekommen die energieintensiven Industrien in Deutschland in den nächsten Jahrzehnten die Energie, die sie für ihre Produktionsprozesse brauchen und was wird diese Energie kosten?

Bereits heute stellt sich diese Frage in den Unternehmen, die über Investitionen in neue Anlagen zu entscheiden haben, die 20, 30 oder mehr Jahre gewinnbringend laufen sollen. In welchem Maß besteht Planungssicherheit für zuverlässige Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen in den Jahren bis 2050? Die Antwort beeinflusst schon jetzt die Auswahl zwischen Standorten, die international um Investitionen in Neuanlagen konkurrieren.

Fast alle Grundlastkraftwerke, die heute in Deutschland die industrielle Energieversorgung sichern, werden bis 2030 abgeschaltet sein.

Unter den bestehenden Rahmenbedingungen insbesondere des Emissionshandels ab 2013 und fehlender Akzeptanz an Standorten geben Energieversorgungsunternehmen Projekte für neue Kohlekraftwerke auf oder stellen sie zurück. Denn die hohen Investitionen in neue Kraftwerke sind unternehmerisch nur verantwortbar, wenn genehmigungsrechtliche Planungssicherheit besteht und die prognostizierten Strompreise oberhalb der Vollkosten der Neuanlagen liegen.

Wenn heute keine neuen Grundlastkraftwerke gebaut werden, weil der CO₂-Emissionshandel sie unwirtschaftlich macht und die Akzeptanz in der Bevölkerung fehlt, dann haben auch Aluminiumhütten, Glasöfen, Papiermaschinen und Elektrolysen nur noch so lange eine wirtschaftliche Zukunft, wie die alten Kraftwerke weiter laufen und sie mit Strom versorgen. Auch die Zukunft des Braunkohlenbergbaus in Deutschland wäre unter diesen Bedingungen begrenzt.

Die IG BCE will Nachhaltigkeit. Weder dürfen energie- und industriepolitische Erfordernisse über die notwendigen Klimaschutzziele, noch einseitige Klimaschutzmaßnahmen über die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie gestellt werden.

Die IG BCE fordert eine nachhaltige Industrie-, Energie- und Klimapolitik, die industrielle Entwicklung und Innovationen fördert, eine langfristige, umwelt- und klimaverträgliche Energieversorgung sichert, das Klima tatsächlich schützt sowie sozialen Fortschritt voranbringt.

5. Energie einsparen und Energieeffizienz steigern als zentrale Herausforderung

Unsere größte ungenutzte Energiequelle heißt Effizienzsteigerung und Energieeinsparung. Strom, der gar nicht erst benötigt wird, kostet kein Geld und erzeugt keine Emissionen.

Zur Energieeinsparung durch effizienteren Ressourceneinsatz bei Erzeugung und Verbrauch von Strom bestehen noch viele ungenutzte Möglichkeiten. Sie müssen genutzt und gefördert

werden. Die IG BCE unterstützt nachdrücklich die Förderung von energetischen Gebäudesanierungen. Wir brauchen ein ambitioniertes CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der Bundesregierung, ebenso Programme zur energetischen Sanierung des Gebäudebestandes der sozialen Infrastruktur, des Bundes, der Länder und Kommunen. Für diese Sanierungsmaßnahmen bieten die chemische Industrie, die Kunststoffindustrie, die Glasindustrie und die Baustoffindustrie maßgeschneiderte Produkte. Diese Programme verbessern nicht nur den Klimaschutz, sie schaffen und sichern zugleich Arbeitsplätze in den genannten Branchen sowie in Handwerk und Baugewerbe.

Die IG BCE unterstützt deshalb seit 2006 die von der Bundesregierung beschlossenen Programme zur CO₂-Gebäudesanierung. Allein durch die Wärmedämmung der sanierungsbedürftigen Wohnungen in Deutschland könnte der Verbrauch an Wärmeenergie von derzeit 25 auf 7 Liter Heizöl pro Quadratmeter gesenkt werden. Dadurch ließen sich die CO₂-Emissionen um rund 80 Millionen Tonnen pro Jahr reduzieren. Deshalb schlagen wir vor, Energieeffizienz nicht nur in Deutschland, sondern europaweit stärker zu fördern.

Mit Technologieförderung knüpfen wir auch an die besonderen Stärken unseres Standortes an. Und wir können damit die Potenziale erneuerbarer Energien besser ausschöpfen. Heute geben wir viel Geld aus, um diese Energien zur Anwendung zu bringen. Mehr wäre gewonnen, wenn wir Forschung und Entwicklung besser fördern würden. Zur Förderung regenerativer Technologien gehört selbstverständlich auch die Förderung moderner, hocheffizienter und flexibler fossiler Kraftwerke und von Stromspeichertechnologien, weil die Volatilität der erneuerbaren Energieträger Wind und Sonne vermehrt Regelenergie und Speicher benötigt.

6. Die Brücke in eine neue Energieversorgung: Der richtige Energiemix

Die Politik beeinflusst den Energiemix durch Entscheidungen über Rahmenbedingungen, die Energieträger verteuern, wie z.B. der Emissionshandel die Braunkohle, oder Subventionen für die heimische Steinkohle bis 2018 oder erneuerbare Energien.

Ein energiepolitisches Konzept muss die ordnungsrechtlichen und marktwirtschaftlichen Instrumente, die heute neben- und teils gegeneinander wirken, in einer politisch begründeten Zielhierarchie bündeln. Dabei darf die Industriepolitik der Energie- und Klimapolitik nicht untergeordnet werden.

In weiten Teilen der Politik und der Gesellschaft besteht die Vorstellung, die Stromerzeugung in Deutschland problemlos bis zum Jahr 2050 fast vollständig auf erneuerbare Energien umstellen zu können. Dabei bleibt der Bedarf der Industrie an Grundlaststrom unberücksichtigt. Der muss an 365 Tagen im Jahr während 24 Stunden zu international wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung stehen, auch wenn es dunkel ist und kein Wind weht.

Erneuerbare Energien sind unverzichtbar, sie müssen ausgebaut und wirtschaftlicher erzeugt werden. Aber sie sind unter derzeitigen und absehbaren Bedingungen nicht für die industrielle Grundlast geeignet, u.a. da ihr Strom nicht ausreichend gespeichert werden kann.

Der Anteil regenerativer Stromerzeugung soll in Deutschland bis 2020 auf 30 Prozent ausgebaut werden. Dieses Ziel ist erreichbar und muss weiter verfolgt werden. Dazu müssen Offshore-Windparks vom Reißbrett ins Meer gebracht werden, über 3.600 Kilometer Übertragungsnetztrassen neu gebaut werden und vieles mehr.

Dennoch bleiben 2020 noch 70 Prozent Strom aus nicht erneuerbaren Energien zu erzeugen. Dieser Anteil lässt sich bis 2050 nicht auf Null reduzieren, ohne den energieintensiven Industriestandort aufzugeben.

7. Ausstieg aus der Kernenergie

Strom muss sicher und gesellschaftlich akzeptabel erzeugt werden. Deswegen steht die IG BCE zum Ausstiegsbeschluss der Bundesregierung von 2002.

In Fukushima ereignete sich der erste nukleare Unfall, für den die betroffene Anlage nicht ausgelegt war, weil er als zu unwahrscheinliches Restrisiko betrachtet worden war.

Die Laufzeit aller Kernkraftwerke in Deutschland, Europa und der Welt muss von Sicherheitsüberprüfungen abhängig gemacht werden, die die neue Lage nach den Katastrophen in Japan berücksichtigen. Die Abschaltung der älteren Kernkraftwerke in Deutschland war ein erster richtiger Schritt dazu.

Auch beim Ausstieg muss das Thema Endlagerung kerntechnischer Abfälle in Deutschland gelöst werden. Je schneller auf die kerntechnische Stromerzeugung verzichtet wird, umso eher sind errichtete Endlager für den bisher entstandenen und in naher Zukunft noch anfallenden Abfall erforderlich. Eine zukunftsgerichtete Energiepolitik hat dies sicherzustellen.

Parallel zum Ausstieg aus der Kernenergie muss die Frage beantwortet werden, wie die Versorgungssicherheit, Netzstabilität aber auch der Bedarf an wettbewerbsfähiger Grundlastenergie für die Industrie gewährleistet werden kann.

Der Ausstieg aus der Kernenergie darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Rückbau und Abriss von Kernkraftwerken erfordern über einen längeren Zeitraum qualifiziertes Personal. Auf dieser Basis sind Konzepte zur Beschäftigungssicherung zu entwickeln.

8. Die Energiewende braucht den Ausbau der Infrastruktur

Die IG BCE fordert den schnellen und umfassenden Ausbau der Energieinfrastruktur. Nur dann gelingt der Umbau auf eine umweltverträgliche und sichere Energieversorgung. Dem Ausbau der Stromnetze, aber auch der weiteren Energienetze wie dem Erdgas muss oberste Priorität eingeräumt werden.

Deutschland braucht einen Zubau von Stromleitungen in einer Größenordnung von 3.600 Kilometer mit einem Investitionsvolumen von mindestens 10 Milliarden Euro für die nächsten zehn Jahre. IG BCE fordert daher für Deutschland einen Innovationsfonds für den Netzausbau und für die Entwicklung von Speicherkapazitäten. Notwendig sind weiter investitionsfördernde Netzentgelte und wirkungsvolle öffentliche Bürgerschafts- und Förderprogramme, um die Investitionsanreize für den Ausbau der Energienetze zu erhöhen.

Damit der Netzausbau nicht zum Engpass für den Ausbau der erneuerbaren Energien wird, ist eine deutliche Beschleunigung der Genehmigungsverfahren beim Ausbau von Übertragungsnetzen notwendig. Bund und Länder haben dazu die notwendigen gesetzlichen Schritte zu unternehmen. Grundsätzlich ist aus Sicht der IG BCE mehr Akzeptanz und mehr Dialog zwischen allen Beteiligten notwendig, um die Herausforderungen beim Netzausbau zu meistern.

Mit dem Ausbau in Deutschland muss der Ausbau des europäischen Stromnetzverbundes einhergehen, um den Lastausgleich zu optimieren, aber auch um Effizienzpotenziale auszuschöpfen. Die EU-Kommission schätzt die Investitionen in Stromnetze auf mindestens 200 Milliarden Euro.

Gleichzeitig sind mehr Anstrengungen in der Wissenschafts- und Forschungstätigkeit gefordert, um mit intelligenten Netzen und Speicherkapazitäten die Schwankungen beim anfallenden Strom durch die regenerative Energiegewinnung auszugleichen.

9. Perspektiven der Kohle

Der wichtigste Energieträger wird weltweit auch 2050 noch die Kohle sein. Allein China fördert zurzeit jährlich rund 2 Milliarden Tonnen Kohle und steigert seine Förderkapazität bis 2040 auf 4 Milliarden Tonnen. Dagegen erscheint der deutsche Verbrauch von 50,3 Millionen Tonnen SKE Steinkohle und 51,5 Millionen Tonnen SKE Braunkohle im Jahr 2009 gering. Er ist aber wesentlich für den Erhalt der Stromversorgung der energieintensiven Industrie in Deutschland.

Am Energieträger Kohle führt auch in Deutschland kein Weg vorbei. Stein- und Braunkohle decken zurzeit die Hälfte der deutschen Stromversorgung, sie bleiben besonders für die Grund-

lastversorgung der energieintensiven Industrie auf viele Jahrzehnte hinaus unverzichtbar. Deshalb brauchen die Kohlereviere stabile und verlässliche Rahmenbedingungen.

10. Rohstoff Steinkohle

Die IG BCE hält einen endgültigen Abschied vom Rohstoff Steinkohle nach wie vor für falsch.

Die EU hat die monetäre Förderung bis 2018 befristet. Der Betrieb der betreffenden Steinkohleproduktionseinheiten ist in einen Stilllegungsplan einbezogen, der nicht über den 31. Dezember 2018 hinausgeht. Also müssen alle heute geförderten Bergwerksbetriebe bis spätestens 31.12.2018 stillgelegt werden. Die großen Zukunftschancen der Steinkohle müssen dann subventionsfrei genutzt werden.

Aber die politische Förderung der Kohle bleibt unsere Zukunftsforderung. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Zeit bis 2018 zu nutzen und berufliche und technische Kompetenzen, wissenschaftliche Exzellenz, Rohstoff-Know-How und den Zugang zu den Lagerstätten zu erhalten.

Dafür gibt es zwei wesentliche Gründe. Es geht darum,

- für die nächsten Jahrzehnte den Importpreis für Kraftwerkskohle und Koks auf die Förderkosten in Deutschland zu begrenzen
- die stoffliche Nutzung von Steinkohle weiter erforschen und ausbauen zu können

Dazu fordert die IG BCE die Förderung neuer hocheffizienter Kraftwerke, die heimische Kohle verstromen. Ebenso fordert sie planungsrechtlichen Vorrang für Kohle und CCS, Forschungsbergbau, die Erhalte bergbaulicher Fachkompetenzen, wie von Forschung und Lehre etc.

11. Politik für die Braunkohle

Die IG BCE tritt für den Erhalt des deutschen Braunkohlenbergbaus und neue, hocheffiziente und flexible Braunkohlekraftwerke ein. Die Energiepolitik muss Rahmenbedingungen setzen, damit neue klimafreundliche Braunkohlekraftwerke ihren unverzichtbaren Beitrag zur industriepolitisch notwendigen, sicheren und wettbewerbsfähigen Grundlast-Energieversorgung leisten können.

Wenn unter den Bedingungen der dritten EU-Emissionshandelsperiode ab 2013 die bestehenden Braunkohle-Altkraftwerke zunehmend stillgelegt werden, ohne dass moderne Neubauten an ihre Stelle treten, verliert Deutschland seinen heute wichtigsten und sichersten subventionsfreien Energieträger. Die Folgen wären katastrophal, sowohl für den Braunkohlenbergbau als auch für die energie- und stromintensive Industrie, die auf die kostengünstige Braunkohleverstromung angewiesen ist.

Deshalb müssen Braunkohlenbergbau und –verstromung auch nach 2013 wirtschaftlich bleiben. Dafür ist der Neubau effizienterer und flexibel regelbarer Kraftwerke jetzt erforderlich sowie die Weiterentwicklung und großflächige Einführung der Zukunftstechnologie CCS (Abscheidung und Speicherung von CO₂) für den Zeitraum nach 2020. Darüber hinaus muss die Wiederverwendung von CO₂ (CCR) erforscht und technologisch entwickelt werden.

Um CCS in der Fläche einführen zu können, müssen jetzt dringend die politischen Rahmenbedingungen insbesondere für Pipelines und CO₂-Speicherstätten gestaltet werden. Dazu gehört die zügige Verabschiedung des längst entworfenen CCS-Gesetzes. Die Verantwortung des Staates für die zentrale Klima- und Energietechnologie CCS geht aber – ebenso wie bei den erneuerbaren Energien – über das Genehmigungsrecht hinaus. Der Aufbau der nötigen CCS-Infrastruktur droht an Zersplitterung zu scheitern, wenn er einzelnen Projekten einzelner Unternehmen überlassen bleibt. Eine gemeinsame CCS-Infrastrukturgesellschaft der öffentlichen Hand und der Energieunternehmen könnte am besten die gesellschaftliche Akzeptanz eines CCS-Transportnetzes fördern und für seine Realisierung Ressourcen bündeln und effizient einsetzen.

12. Eine Schlüsselrolle für Gas

Erdgas wird als klimaeffizienter und flexibler Energieträger eine Schlüsselrolle in einem CO₂-armen Energiemix spielen.

Gaskraftwerke sind besonders gut geeignet, schnell hinauf- und heruntergefahren zu werden, um volatile Wind- und Solarstromspeisungen auszuregeln.

Gas wird trotz Fernwärme und Erneuerbaren Energien noch lange der meistgenutzte Energieträger im Wärmemarkt bleiben.

Für eine importunabhängigere und kostengünstigere Gasversorgung der Zukunft müssen jetzt auch unkonventionelle Gasvorkommen in Deutschland aufgesucht und erkundet werden. Öffentlichkeit und Aufsichtsbehörden müssen in einem transparenten und beteiligungsorientierten Kommunikationsprozess über Risiken und Voraussetzungen der Sicherheit der neuen Gewinnungsmethoden (fracking) informiert werden.

13. Kraft-Wärme-Kopplung aufwerten

Die Fernwärme auf Basis von Kraft-Wärme-Kopplung, kurz KWK, ist eine besonders energieeffiziente und umweltfreundliche Heizenergie. Bei keinem anderen Prozess der Energieerzeugung wird der Brennstoff so effizient eingesetzt wie bei KWK- und Fernwärmesystemen. Der Energiegehalt des Brennstoffs wird zu mehr als 80 Prozent in nutzbaren Strom und nutzbare Wärme umgewandelt. Gegenüber der konventionellen Erzeugung von Strom und Wärme spart KWK bis zu 48 Prozent der eingesetzten Primärenergie ein. Entsprechend gering sind auch die CO₂-Emissionen.

Im energiepolitischen Konzept der Bundesregierung von 2010 fehlt KWK. Wenn die Bundesregierung jetzt eine Neubewertung vornimmt, muss sie auch eine positive Aussage und Bewertung von KWK enthalten.

14. Wachstum mit erneuerbaren Energien

Erneuerbare Energieträger leisten einen zunehmenden Beitrag zur Energieversorgung, weltweit und in Deutschland. Ihr Anteil am Energiemix wird stetig wachsen. Das Interesse am Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit treibt diese Entwicklung ebenso voran wie die begrenzte Verfügbarkeit fossiler Energieträger. In Zukunft – wann genau ist offen - werden erneuerbare Quellen die Welt mit Energie versorgen, weil fossile Energieträger erschöpft sind oder als Rohstoffe benötigt werden.

Deshalb muss schon heute eine Energieversorgung aufgebaut werden, die fossile Energieträger geschickt mit erneuerbaren kombiniert und die so gewonnenen Erfahrungen und Technologien weiterentwickelt.

Bis 2030 prognostiziert das Bundesumweltministerium fast 100 GW installierter Stromleistung aus Erneuerbaren, davon allerdings weniger als 20 GW gesicherte Leistung. Der Ausbau der Erneuerbaren erhöht in großem Maß den Bedarf an gesicherter, fossiler Regelleistung aus Gas und Kohle.

Die IG BCE unterstützt daher eine verstärkte Förderung regenerativer Kombikraftwerke, also die Kombination volatiler und grundlastfähiger Energieträger.

Die Frontstellung „Erneuerbare gegen Fossile“ ist ebenso falsch wie überholt. Die IG BCE weiß das aus eigener Erfahrung, denn sie vertritt Arbeitnehmer aus allen Bereichen der Energiewirtschaft. Das breite Spektrum reicht vom Kohlebergbau bis zur Solarindustrie, von nuklearen Entsorgungsunternehmen bis zu Betreibern von Biomasse- oder Windanlagen. Darunter sind viele Unternehmen, die sowohl in erneuerbare als auch konventionelle Anlagen investieren, wenn es betriebswirtschaftlich vernünftig ist. Aus dieser Breite an Erfahrungen schöpft die IG BCE ihre Kompetenz, energiepolitische Positionen realitätsbezogen und ganzheitlich zu vertreten, statt ideologisch verkürzt.

15. Windkraft beschleunigen

Die Ausbauziele sind ambitioniert, aber sie können und müssen erreicht werden. Dazu müssen auch Windkraftanlagen schneller genehmigt werden können.

Gegenwärtig sind 25.800 Megawatt Leistung installiert, fast alle noch an Land. Weitere neue Standorte sind knapp, die Leistung ließe sich vor allem durch Repowering steigern. Wirtschaftlich interessant sind dafür, die bis zum Jahr 2000 installierten Windkraftanlagen mit insgesamt rund 7.500 Megawatt. Zusätzlich kommt unter bestimmten Umständen ein Teil der von 2000 bis 2005 installierten Anlagen mit 10.000 Megawatt für Repowering in Frage. Insgesamt ist bis 2020 mit einem Zubau von 10.000 bis 12.000 Megawatt durch Repowering zu rechnen. Bürgerinitiativen gegen Windenergieanlagen, Höhenbeschränkungen, Regionalplanungsverordnungen und Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen sind dabei berücksichtigt.

Auf See (Offshore) gibt es bisher das Testfeld Alpha-Ventus mit 12 Windkraftanlagen à 5 Megawatt, das EWE, E.ON und Vattenfall New Energy 45 Kilometer nördlich von Borkum in einer Wassertiefe von 28 bis 32 Meter errichtet haben. Der Start weiterer Windparks in der Ostsee steht unmittelbar bevor. Um die Ausbauziele des energiepolitischen Programms der Bundesregierung von 10.000 Megawatt offshore zu erreichen, müssen ab 2010 jedes Jahr 200 solcher Anlagen in Betrieb genommen werden. Um die Offshore-Anlagen zu installieren, fehlen Fachpersonal und Infrastruktur wie Spezialschiffe. Auch die langen Lieferzeiten für Windkraftanlagen bremsen den Offshore-Ausbau. Sie liegen heute bei etwa zwei Jahren und werden sich auf absehbare Zeit nicht verringern, da die weltweite Nachfrage nach Land-Windkraftanlagen weiter steigt. In anderen Ländern wie Großbritannien, Dänemark oder Schweden dürfen Offshore-Anlagen näher an der Küste in flacherem Wasser errichtet werden, entsprechend schneller geht der Ausbau dort voran. Allein RWE will bis 2020 an den beiden britischen Offshore-Standorten vor Bristol und auf der Dogger Bank 4.000 Megawatt installieren.

16. Stärkung der Solarenergie

Die Sonne liefert in einer Stunde die Energiemenge, die von der Menschheit in einem Jahr verbraucht wird. Die Solarenergie hat ein enormes Zukunftspotential. Doch vor ihrer Nutzung liegen große Herausforderungen. Solarstrom muss wirtschaftlicher werden, damit sein Anteil am Energiemix weiter gesteigert werden kann, ohne mit dem EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) die volkswirtschaftlich vertretbaren Kosten zu sprengen. Je mehr Solarzellen produziert werden, desto günstiger wird ihr Preis. Doch Wirtschaftlichkeit darf es nicht um jeden Preis geben. Kostensenkungen zu Lasten der Qualität oder zu Lasten der Arbeitsbedingungen sind der falsche Weg. Die Solarindustrie muss wirtschaftlicher produzieren, um der Degression des EEG standzuhalten und auf Exportmärkten in Sonnenländern auch zu Marktpreisen wettbewerbsfähig zu werden bzw. zu bleiben. Das wird ihr nur gemeinsam mit ihren qualifizierten Arbeitnehmern gelingen, nicht gegen sie.

Die IG BCE unterstützt ausdrücklich innovative Unternehmensstrategien, die auf Wirtschaftlichkeit durch bessere und effiziente Technologien und neue und optimierte Materialien setzen. Der gezielte kontrollierte Ausbau der Solarenergie und die Steigerung der Innovationsfähigkeit in den verschiedenen technologischen Pfaden der Solarwirtschaft und ihrer notwendigen Ausgangsmaterialien werden wesentliche Beiträge leisten, um die Solarenergie zukünftig zur einer der tragenden Säulen der Energieversorgung in den Deutschland zu machen. Deutschland gehört im Bereich der unterschiedlichen Solaranwendungen und Herstellung der Ausgangsmaterialien technologisch und wirtschaftlich zu den Weltmarktführern. Diese Position gilt es zu sichern und auszubauen und auch für Deutschland energiepolitisch optimal nutzbar zu machen.

17. Der Beitrag nachwachsender Rohstoffe

Die Nutzung nachwachsender Rohstoffe zur Energieerzeugung und als Treibstoffe für Kraftfahrzeuge kann zur Reduzierung der CO₂-Emissionen und zur Schonung der fossilen Rohstoffe beitragen. Für die Landwirte wird damit eine neue Einkommensquelle erschlossen.

18. Biomasse und Biotechnik

Energie aus Biomasse darf nicht zu Lasten der Nahrungsmittelproduktion gehen. Auch muss die stoffliche Nutzung, etwa von Holz für die Papiererzeugung, Vorrang vor der energetischen Verwertung haben. Aber Betonverschalungen vom Bau oder nicht mehr genutztes Mobiliar aus Privathaushalten müssen nicht als Abfall entsorgt werden, sondern können als Ressourcen schonender Brennstoff in geeigneten Anlagen Strom und Wärme erzeugen. Für die energetische Nutzung sind die so genannten BTL-Verfahren (Biomass to Liquid), bei denen alle Pflanzenteile und auch Abfallstoffe unter Druck und Hitze verflüssigt werden, zur großtechnischen Reife weiterzuentwickeln. Die Chancen moderner bio- und gentechnologischer Verfahren sind konsequent zu nutzen.

19. Biogas unterschätzt

Auch Biogas gehört in den Energiemix. Milliarden von Bakterien wandeln in riesigen Tanks Speiseabfälle, Gülle oder nachwachsende Rohstoffe, zum Beispiel Gräser, in Biogas um. Es kann in das allgemeine Erdgasnetz eingespeist werden oder in Blockheizkraftwerken effizient Strom und Wärme erzeugen.

20. Geothermie stärker erproben

Geothermie muss als Energiequelle genutzt werden, wo das wirtschaftlich möglich ist. 99 Prozent unseres Planeten sind heißer als 1.000 Grad Celsius. Theoretisch würde die in den oberen drei Kilometern der Erdkruste gespeicherte Energie ausreichen, um den Energiebedarf auf allen Kontinenten zu decken. Aber nur an wenigen Stellen, etwa in Island, tritt die Energie direkt an die Oberfläche. In Deutschland wird überwiegend die oberflächennahe Geothermie genutzt. Für größere Wärme muss man in die Tiefe gehen. Dort muss die Erdwärmennutzung sicher und zu volkswirtschaftlich vertretbaren Kosten weiter ausgebaut werden.

21. Grubengas nicht bestrafen

Das Grubengas Methan muss, wo es möglich ist, aus aktiven und stillgelegten Steinkohlebergwerken abgesaugt werden, bevor es unkontrolliert entweicht. Als Bestandteil der Kohle wird Gas beim Kohleabbau frei. Im Bergbau ist es unter Tage nicht erwünscht, da es explosiv ist. Es wird deswegen abgesaugt und gereinigt, um es in Gasturbinen, Gasmotoren und Kesseln verbrennen zu können und so zur Energieumwandlung zu nutzen. Im Ruhrgebiet und im Saarland produziert Evonik New Energies seit über 100 Jahren grundlastfähigen Strom und Wärme aus Grubengas. An der Ruhr wird es in kleinen Blockheizkraftwerken direkt in Strom und Wärme umgewandelt. An der Saar fließt es durch ein Grubengasnetz zu mehreren Heizwerken oder zu Industriekunden. Am Standort Völklingen betreibt Evonik eine der weltweit größten Grubengasmotorenanlagen mit 42 Megawatt elektrischer und thermischer Leistung.

Die IG BCE widerspricht einer Belastung von Grubengasnutzung und Ersatzbrennstoffen mit CO₂-Zertifikaten ausdrücklich:

Die EU hat vernünftigerweise ab 2013 auch das Treibhausgas Methan oder CH₄ in den Emissionshandel einbezogen, das 21-mal stärker als CO₂ auf das Klima wirkt. Unvernünftig ist, dass Unternehmen, die dieses Gas nicht einfach entweichen lassen, sondern es für die Erzeugung von Strom und Wärme nutzen, von der Bundesregierung jetzt bestraft werden, wenn nach dem TEHG -Entwurf für Strom und Wärme aus Grubengas CO₂-Zertifikate gekauft werden müssen. Wer also das Gas einfach entweichen lässt, zahlt nichts. Wer es energetisch nutzt, den Treibhauseffekt durch Verbrennung drastisch reduziert und gleichzeitig andere fossile Energieträger einspart, der wird belastet. Dieses Beispiel illustriert, wie absurd das System Emissionshandel zu werden droht.